

Es sind vor allem zwei Männer, die Ärzt*innen wegen Paragraf 219a anzeigen. Unter dem Pseudonym "Markus Krause" gab einer von ihnen, der Mathematikstudent Yannic Hendricks aus Kleve Interviews in der TAZ und dem Deutschlandfunk. „Das ist halt so mein Hobby.“ So begründet er, warum er im Internet nach Ärzt*innen forscht, die auf ihren Webseiten darüber informieren, dass sie Abtreibungen durchführen und sie dann anzeigt. 60 bis 70 Ärzt*innen habe er schon angezeigt, gab er damals an. Er möchte das aber tun, ohne dass sein Name bekannt wird – und geht geht mit Abmahnungen und Gerichtsprozessen gegen diejenigen vor, die seinen Namen öffentlich nennen. Das davon betroffene Nachrichtenportal BuzzFeed News konnte nun einen Erfolg erzielen und berichtet am 16.01.2019:

"BuzzFeed News Deutschland hat den Prozess gegen den Abtreibungsgegner Yannic Hendricks gewonnen... wies das Landgericht Düsseldorf eine einstweilige Verfügung gegen uns zurück. BuzzFeed News darf den Namen von Yannic Hendricks damit weiterhin nennen.

Anfang November hatte BuzzFeed News den Namen von Hendricks in einem Beitrag öffentlich gemacht. Hendricks ist Abtreibungsgegner und hat nach eigenen Angaben dutzende Ärztinnen und Ärzte angezeigt, weil sie gegen den umstrittenen Paragrafen 219a verstießen, indem sie öffentlich über Abtreibungen informierten.

Der Paragraf 219a ist seit Monaten stark umstritten, verschiedene Ministerinnen der Großen Koalition kündigten an, bis Januar 2019 eine Gesetzesreform vorzulegen. Hendricks bestimmte die Debatte um den Paragrafen 219a mit seinen Anzeigen entscheidend mit. Zuletzt meldete er sich zudem mehrfach in Interviews zu Wort, wollte aber anonym bleiben... Eine Anwältin, die BuzzFeed News vertritt, erwiderte in einer mündlichen Anhörung Mitte Dezember, dass Hendricks die Debatte um den Paragrafen überhaupt erst mit ins Rollen gebracht habe: 'Er hat die Debatte betrieben, wahrscheinlich ist er sogar für sie mitverantwortlich.'"

Auch die Gynäkologin Nora Szasz, die ebenso wie die Gießener Ärztin Kristina Hänel von Hendricks angezeigt wurde, nannte seinen Namen in Interviews. Auch Kersten Artus, Vorsitzende von Pro Familia Hamburg, und aktiv im Unterstützungskreis der Ärzt*innen tut dies. Sie wurde aufgefordert Beiträge auf der Solidaritätswebseite und auf Facebook zu löschen, eine Unterlassungserklärung abzugeben sowie die Rechtsanwaltskosten in Höhe von etwa 1.700 Euro zu zahlen. Sie weigerte sich. Ende August 2018 folgte die zivilrechtliche Klage – Streitwert: 35.000 Euro. Kersten Artus will sich nicht einschüchtern lassen. Sie erklärte in der TAZ (14.11.2018)

„Ich denke, dass Hendricks kein Recht auf Anonymität hat. Er hat die politische und gesellschaftliche Debatte um Paragraf 219a mit seinen massiven Anzeigen quasi initiiert, und er ist selbst in politischer Mission unterwegs.“ Außerdem habe er auch die Strafanzeigen nicht anonym, sondern unter seinem Klarnamen erstattet.

Der Prozess gegen Kerstin Artus wird im Februar 2019 vor dem Landgericht Hamburg stattfinden - wir courage-Frauen wünschen ihr viel Erfolg.